



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/259 - 7.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Die SPD und die Vertriebenen	S. 1
Suez - Panama - Gibraltar	S. 3
Diffamierung der Berufspolitiker	S. 5
Der DGB und die Bundesregierung	S. 6

Berechtigter Anspruch

(sp) Nachdem kürzlich in München und Kassel Tagungen der Vertriebenen-Vertretungen innerhalb der SPD stattgefunden haben, sind solche Beratungen in der Zeit bis Anfang Januar 1952 auch in Düsseldorf, Dortmund, Bielefeld, Braunschweig, Neustadt a.H., Hannover, Nürnberg, Hamburg und Oldenburg vorgesehen. Sie alle dienen dem Zweck, die Arbeit für die Vertriebenen und die Linderung ihrer Not zu verstärken. Dabei soll die spezielle sozialdemokratische Erfahrung möglichst wirksam in das System der im Bundes-Vertriebenen-Gesetz vorgesehenen Vertriebenen-Vertretungen eingebaut werden.

Als gegen Ende des Krieges und in der ersten Zeit danach die Ströme der Vertriebenen nach Westdeutschland flossen, zu- meist in geschlossenen Transporten, wurden sie in der Regel von Landsleuten mit Initiative und Umsicht geführt, die sich später auch mit der Masse der übrigen ansiedelten. Aus diesem relativ kleinen Kreis rekrutierten sich die späteren amtlichen und nicht- amtlichen Obleute. Es war im Grunde nur natürlich, daß beson- ders viele dieses Personenkreises Sozialdemokraten waren, deren einwandfreie politische Haltung und persönliche Tüchtigkeit sie auf ihre verantwortlichen Posten gerufen hatte, denn Sozialdemo- kraten waren es nach dem Ende des Krieges in erster Linie, die versuchten, andere und sich aus dem Chaos herauszuführen, da

sie im Grunde die Einzigen waren, die von Beginn an über traditionsgefestigte politische Vorstellungen verfügten.

Heute ist es so, daß die SPD fast eine viertel Million Vertriebene zu ihren Mitgliedern zählen kann, es gibt sogar einzelne Bezirke, in denen 60 Prozent der Mitgliedschaft Vertriebene sind. Über die Hälfte aller Ortsvereine hat eigene Vertriebenen-Ausschüsse. Auch aus diesen Tatsachen leitet die SPD den berechtigten Anspruch her, durch ihre eigenen Vertretungen stärker in die gesamte Vertriebenenarbeit des Bundes eingeschaltet zu werden, gerade weil sie aus ihrer reichen praktischen Arbeit viele nutzbringende Erfahrungen mitbringt. Keinesfalls soll eine neue Organisation geschaffen werden. Aber ebenso wie die deutschen Länder, die Vertretungen der Heimatvertriebenen-Organisationen, der Kirche, der Wohlfahrtsverbände und der Gewerkschaften, muß auch die sozialdemokratische Vertriebenen-Organisation als eine Körperschaft mit beratender Funktion im Sinne der Bestimmungen des Bundes-Vertriebenen-Gesetzes gelten.

Man hat in interessierten Kreisen gesagt, mit einem solchen Vorhaben würde die Absicht verfolgt, die Parteipolitik in die Vertriebenen-Arbeit zu tragen. Das ist ebenso unsinnig, wie wenn man behaupten wollte, die Arbeiterwohlfahrt habe in die Arbeit der Wohlfahrtsverbände solche Gesichtspunkte getragen. Hilfe sollte von überall angenommen werden. Im vorliegenden Fall geht es einfach um einen Anspruch, der sich auf zwingende sachliche Argumente stützen kann, den unbestritten führenden sozialdemokratischen Anteil an der bisherigen Fürsorge für die Vertriebenen von der Zeit der Tracks bis zur Arbeit am Lastenausgleich, sowie an der Zahl der Vertriebenen selbst.

+ + +

Suez - Panama - Gibraltar

P.H.H. Der Konflikt um den Suezkanal findet nirgends - von Ägypten und England abgesehen - so gespannte Beachtung wie in Lateinamerika und Spanien. Spanien denkt dabei an den andern Eingang ins Mittelmeer, "sein" Gibraltar, Lateinamerika denkt an den Panamakanal. Die Geschichte des Suezkanals und des Panamakanals erlauben viele Analogien in Bezug auf Korruption, Arbeiterausbeutung, Riesengewinne und Triumph europäisch-angelsächsischer Technik. Beide sind international notwendige Schifffahrtsstraßen, aber von einem einzigen Staat besetzt, der noch dazu nicht derjenige ist, durch dessen Gebiet sie ziehen. Hier liegt die Ähnlichkeit mit Gibraltar, das seit dem Jahre 1704 unter einer fremden Flagge die Meerenge beherrscht, deren Torwächter es ist.

Es wäre schief, im Kampf um den Suezkanal nur einen englisch-ägyptischen Konflikt zu sehen. Im Hintergrund erscheint ein Weltproblem, ein Konfliktstoff, der morgen oder übermorgen ebenso in Panama und vielleicht sogar um Gibraltar akut und aktuell werden könnte. Die Republik Panama und ihr Mutterstaat Kolumbien sind nie mit der einseitig nordamerikanischen Herrschaft über den Panamakanal einverstanden gewesen. Nicht nur ernsthafte Politiker Panamas hassen die nordamerikanische "Kanalzone" und die fast völlige Abhängigkeit ihres Vaterlandes von den nordamerikanischen Zahlungen für den Kanal, sondern starke politische Strömungen vor allem der Staaten Südamerikas an der Küste des pazifischen Ozeans fordern eine andere Lösung der Kanalfrage. Rein nationalistische Vorschläge stehen internationalen gegenüber, wobei bei den Nationalisten Panamas, die den Kanal für sich haben wollen, wie bei den reichlich korrumpierten Ägyptern der dringende Verdacht besteht, daß ihnen der Kanal in erster Linie ein willkommenes Ausbeutungsobjekt wäre. Dasselbe gilt für die nationalistischen Kreise Spaniens. So unbestritten es ist, daß Gibraltar ein Stück Spaniens ist, so wahr ist es auch, daß Spanisch-Marokko und seine Hafenstadt Ceuta, der zweite Torpfeiler zum Mittelmeer, ebenso dem Lande, zu dem es eigentlich gehört, geraubt wurde wie Gibraltar - aber diesmal von den Spaniern selbst.

Die verschiedenen Anträge lateinamerikanischer Staaten, den

Panamakanal zu internationalisieren, die ein vorläufiges Begräbnis in den Kommissionen der panamerikanischen Konferenzen fanden, verdienen angesichts des Streites um den Suezkanal erneute Beachtung. Alle drei Wasserstraßen, Suez, wie Panama, wie Gibraltar, sind Hauptschlagadern der Weltschifffahrt. Der Anteil der Schiffe mit panamensischer, ägyptischer und spanischer Flagge, die sie durchfahren, ist unendlich gering, gemessen an dem Anteil der übrigen Nationen. Im Interesse der Weltwirtschaft müßte jede einseitige Nationalisierung dieser drei Wasserstraßen ausgeschlossen sein. So wenig es den Ägyptern oder den Arbeitern von Panama gefallen mag, unter englischer und nordamerikanischer Flagge in ihrem eigenen Lande zu dienen, so wenig dient es der Weltwirtschaft, daß die Bedingungen (und Abgaben), zu denen ihnen diese Kanäle geöffnet sind, von Ägypten oder Panama "souverän" festgesetzt werden.

Hier wäre eine große und schöne Aufgabe für die UNO, unter Ausschaltung sowohl nationalistischer wie privatkapitalistischer Interessen ein internationales Verwaltungsorgan zu schaffen, das allen Handelsflotten gleiche Rechte einräumt und gleiche Pflichten auferlegt für die Benutzung dieser Kanäle, wie für die Meerenge von Gibraltar. Was für die großen, durch verschiedene Staaten fließenden europäischen Flüsse wie Rhein und Donau möglich war, nämlich eine internationale Regelung, sollte auch für die Kanäle notwendig sein, die die Weltmeere verbinden.

+ + +

Der Anstieg der Labourparty

(sp) Die britische Labourparty erhielt bei den letzten Unterhauswahlen fast 14 Millionen Stimmen, die größte Stimmenanzahl, die jemals eine britische Partei erzielte. Die untenstehende Tabelle zeigt das erstaunliche Wachstum der Labourparty seit 1918:

Parlamentswahlen	Wahlbeteil.	aufgestl. Kandidat.	gewählte Kandidat.	Stimmen
1918		361	57	2.244.945
1922		414	142	4.236.733
1923		427	191	4.348.379
1924		514	151	5.487.620
1929		569	287	8.364.883
1931		491	46	6.302.561
1935	74,5%	539	154	8.325.260
1945	76,1	603	393	11.992.292 (48%)
1950	84	617	315	13.265.610 (46,1%)
1951	83	617	294	13.927.299 (48,7%)

Ein Ergebnis steht noch aus, da der Kandidat verstorben ist. In diesem Wahlkreis hatte die Labourparty 1950 eine Mehrheit von 30000 Stimmen.

+ + +

Der Laie L ü b k e

(sp) "Anstelle von Berufspolitikern brauchen wir heute bei allen Parteien Menschen, die kraft ihrer Persönlichkeit in die politische Repräsentation eintreten und gewählt werden", verkündete CDU-Ministerpräsident Lübke auf der Evangelischen Laienkonferenz Schleswig-Holsteins in Kiel. Die bürgerlichen Parteien in dem nördlichsten Land der Bundesrepublik werden diesem weisen Ausspruch ungeteilt Beifall zollen, sientemalen die Persönlichkeiten der politischen Mitte in Schleswig-Holstein ziemlich mittelmäßig und dazu noch dünn gesät sind.

Es ist noch niemals erläutert worden, wieso Berufspolitiker keine Persönlichkeiten sein könnten und damit liegt der Verdacht nahe, daß Herr Ministerpräsident Lübke mit dem Begriff "Persönlichkeiten" an solche Leute gedacht hat, die über lange Jahrzehnte die Bürde eines öffentlichen Amtes, wie etwa die eines Landrates, trugen und dabei nachweisbare Persönlichkeitswerte entfalteten. Das ist zweifellos eine löbliche, wenn auch einfältige Ansicht, doch die Absicht dieser Ansicht ist offenkundig. Sie zielt auf eine Diffamierung der sozialistischen Politiker hin, die in Konzentrationslagern inhaftiert wurden, ihr politisches Anliegen zu vertreten oder aus der Heimat verbannt waren und lieber die Mühsale der Emigration auf sich nahmen, als ihre Persönlichkeit dem Terrorregime zu unterwerfen. Die Frage nach der Persönlichkeit ist eine Frage nach dem Charakter. Viele der von Herrn Lübke mit obersten Gütezeichen etikettierten Bürger nutzten in dieser Zeit die Möglichkeit, in diversen Ämtern Lorbeeren zu ernten und eventuell nicht persönlichkeitschädigende NS-Politik zu treiben.

Andererseits ist es eine ziemlich obskure Angelegenheit, Persönlichkeiten wegen ihrer Persönlichkeit in ein Parlament zu wählen, da man vorher nie recht weiß, welche persönliche Haltung diese Persönlichkeiten in einer bestimmten praktischen politischen Frage einnehmen, die den Wähler höchstpersönlich angehen könnte. Man sollte glauben, daß wir politisch so gereift sind, grundsätzliche politische Meinungsverschiedenheiten nicht als Charakterlosigkeit eines Kontrahenten abzustempeln. Das widerspräche dem Gedanken der Toleranz wie überhaupt dem Gedanken der parlamentarischen Demokratie. Mehrheitsbeschlüsse erfordern gewissermaßen ein Meinungskollektiv, in dem die Einzelentscheidung erst durch die Häufung zur Geltung kommt. Wer sich dagegen wehrt, wehrt sich gegen das Funktionsprinzip der Demokratie.

Ein Ministerpräsident sollte billige romantische Sprüche unterlassen, wenn er Anspruch darauf erhebt, als ernsthafte politische Persönlichkeit zu gelten.

Die Tür ist noch offen ...

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner letzten zehnstündigen Sitzung keine Entscheidung getroffen, er hat wie in einem Schachspiel einen kleinen, nicht wesentlichen Verzögerungszug getan, der dem Spiel keine neue Wendung gibt, wohl aber den Partner zum Zug zwingt. Der Partner ist in diesem Fall die Bundesregierung und die Figur, die gezogen ist, heißt Dehler. Der Bundesvorstand erwartet, "daß das Kabinett die unsachlichen Vorwürfe des Bundesjustizministers als nicht im sachlichen Interesse der Allgemeinheit wertet". Es wird nicht von Verurteilung, sondern nur von Wertung gesprochen. Und an einer solchen Wertung, die allerdings auch kein Lob in sich schließen wird, ist noch kein Justizminister gestorben, vor allem dann nicht, wenn er sich sagen darf, daß er mit der Hinnahme der winzigen Rüge die goldene Brücke zu neuen Verhandlungen bauen kann. Das wäre der nächste Zug des Partners Regierung, der nicht allzu schwer fallen dürfte, wenn man das Spiel überhaupt fortsetzen will.

Darauf kommt es allerdings an. Der Bundesvorstand hat die Regierung unmißverständlich wissen lassen, daß er auf seinen Vorschlägen und Forderungen besteht und nichts nachzugeben bereit ist: Investitionen, Rohstofflenkung, Preisüberwachung und Regelung der Mitbestimmung. Wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden oder wenigstens eine Verhandlung über die Erfüllung beginnt, dann wird - das darf man zweifelsfrei aus dem Kommuniqué herauslesen - der Bundesvorstand dem Bundesausschuß die endgültig zu treffenden Maßnahmen vorschlagen.

Damit ist die Tür noch nicht zugeschlagen. Der Bundesvorstand will die letzte Entscheidung dem größeren Gremium des Bundesausschusses überlassen, der in etwa vierzehn Tagen zusammentreten wird. So lange hat die Regierung noch Zeit.

Der Kanzler ist in keiner beneidenswerten Lage. Wenn er die Forderungen der Gewerkschaften erfüllt, und damit die große Masse

der Arbeitnehmer zur Mitarbeit gewinnt, wird ihm die heutige Regierungskoalition in Bonn auseinanderbrechen. Die Freien Demokraten haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in der Mitbestimmungsfrage nicht weiter nachgeben werden. Was dann? Dann steht der Kanzler ohne Mehrheit auf dem schmalen Boden seiner eigenen Partei, die unaufhaltsam und in wachsendem Maße brüchig wird und muß sich von Fall zu Fall seine Mehrheit suchen. Ob der Kanzler das in einer Zeit, in der lebenswichtige Entscheidungen getroffen werden müssen, verantworten kann und will, wird er selbst entscheiden müssen. Nun treiben die Dinge zwangsläufig weiter. Das Gesetz des Handelns ist dem Kanzler längst aus der Hand genommen, eine natürliche und unausbleibliche Folge einer so schwachen und schmalen Mehrheit.

Die Gewerkschaften sind im letzten halben Jahrhundert zu einem nicht mehr zu übersehenden Machtfaktor geworden. Sie haben sich nicht in die Politik gedrängt, wie es ihnen heute vorgeworfen wird, nein, sie sind gerufen worden. Der Staat selbst ist es gewesen, der die Gewerkschaften in seinem Interesse in vielen wichtigen Fragen um Mitarbeit gebeten hat. In dieser Bitte lag die Anerkennung der Macht der Gewerkschaften. Der Staat kann nun nicht nach Belieben diese Macht nur dann als Rückendeckung benutzen, wenn er sie braucht und sonst sie zurückweisen. Das können die Gewerkschaften nicht hinnehmen, die große Masse derer, die sie vertreten, zwingt zu Stellungnahmen in allen wichtigen politischen Fragen, die doch immer mehr oder minder die Interessen der Arbeitnehmer berühren. Diese Interessen wahrzunehmen, ist ihre Pflicht und Aufgabe. Sie können es in unmittelbaren Verhandlungen mit dem Kanzler oder im Parlament, in dem eine ganze Reihe von Gewerkschaftlern als Abgeordnete sitzen.

Die nächsten Wochen werden es zeigen, ob es zum Bruch zwischen Staat und Gewerkschaften kommt, der eine ernste Krise auslösen wird, oder ob es noch einmal gelingen wird, einen Mittelweg zu finden und die Verhältnisse befriedigend zu klären.

+ + +

Verantwortlich: Peter Rannau